

Forschungsprojekt: NS-„Euthanasie“ in Erlangen.

Medizinverbrechen im Kontext der Stadt Erlangen, der FAU Erlangen-Nürnberg, des Universitätsklinikums Erlangen, des Bezirks Mittelfranken und des Bezirksklinikums Mittelfranken [im Punkt „Finanzkalkulation“ revidiert und aktualisiert]

- Inhalte [S. 2-5]
- Quellen [S. 5-6]
- Arbeitsplan & Projektziele [S. 6-7]
- **Finanzkalkulation** [S. 7]

Zusammenfassung:

Die deutsche Medizin und insbesondere die Psychiatrie waren in den Jahren 1939 bis 1945 Schauplatz eines bis zum heutigen Tage singulären Massenverbrechens. In den Heil- und Pflegeanstalten des deutschen Machtbereiches wurden insgesamt ca. 300.000 geistig behinderte und psychisch kranke Menschen ermordet. An den verschiedenen Krankmordaktionen direkt beteiligt war auch die Heil- und Pflegeanstalt („Hupfla“) in Erlangen. Etwa 2.000 Erlanger AnstaltspatientInnen fielen der zentral initiierten „Aktion T4“ und dem regional durchgeführten Hungersterben zum Opfer. Auf der Basis zentraler Archivalien, darunter erstmals für die medizinhistorische Forschung zugänglich gewordene Krankenakten der Erlanger Universitätspsychiatrie, werden zum einen die Vorgänge innerhalb der Erlanger Anstalt detailliert analysiert. Hierzu gehört die möglichst exakte zahlenmäßige Erfassung der Krankmorde ebenso wie die Rekonstruktion von Lebensgeschichten der „Euthanasieopfer“, weiterhin der Blick auf das ärztliche- und Pflegepersonal und andere beteiligte Akteure des kommunalen Gesundheitswesens. Zum anderen weist der analytische Fokus des geplanten Forschungsprojektes deutlich über eine genuine psychiatriehistorische Untersuchung der Jahre 1933 bis 1945 hinaus. Erstmals wird systematisch über Beteiligung und Handlungsspielräume städtischer Eliten, lokaler und regionaler Verwaltungsinstanzen, universitärer Leitung und Wissenschaftler bei Planung und Durchführung der NS-„Euthanasie“ in Erlangen geforscht.

- **Inhalte**

Die Beteiligung der deutschen Medizin an Ideologie und Praxis des NS-Regimes ist seit Jahrzehnten Gegenstand (medizin-)historischer Forschung. Unmittelbar nach Kriegsende wurden im Nürnberger Ärzteprozess (1946/47) rund zwei Dutzend Ärzte und Medizinfunktionäre von einem amerikanischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen (darunter die KZ-Humanexperimente) und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (hier v.a. die sog. NS-„Euthanasie“) angeklagt. Das Ausmaß der tatsächlichen Verstrickung, das weite Teile der Medizin (sowohl der universitären, naturwissenschaftlich ausgerichteten Medizin als auch der „Naturheilkunde“) erfasst hatte, wurde jedoch lange verdrängt. Die im „Dritten Reich“ vorherrschende strukturelle Anfälligkeit der Medizin dem NS-Regime gegenüber wurde erst seit den 1980er Jahren im Zuge einer teils schmerzlichen Selbsterkenntnis und Bewusstwerdung auch von der Ärzteschaft, der Bundesärztekammer, den Landesärztekammern und den medizinischen Fachgesellschaften als Forschungsauftrag erkannt. Die universitäre Medizingeschichte hat seither eine Schlüsselfunktion in der Erforschung der NS-Medizin. In diesen Kontext gehört das vom Erlanger Lehrstuhl für Geschichte der Medizin konzipierte Projekt, das gemeinsam mit dem Stadtarchiv Erlangen durchgeführt werden soll.

Dank der wichtigen Vorarbeiten des Erlanger Psychoanalytikers und Medizinhistorikers Hans-Ludwig Siemen ist bisher bekannt, dass in den Jahren 1940/41 insgesamt 908 Erlanger Anstaltspatienten im Rahmen der „Aktion T4“ in die Tötungsanstalten Hartheim bei Linz und Pirna/Sonnenstein deportiert und dort vergast wurden. Unbekannt ist bislang, wie viele Psychiatriepatienten der bis Kriegsende andauernden systematischen Mangelversorgung („Hungerkost“) zum Opfer fielen. Als sehr wahrscheinlich kann jedoch gelten, dass über 1.000 geistig behinderte und psychisch kranke Menschen in Erlangen verhungerten bzw. an durch Hunger hervorgerufenen Mangelkrankungen starben. Ein wichtiger Aspekt des geplanten Forschungsvorhabens wird sein, eine möglichst exakte Opferzahl zu benennen. Noch wichtiger indes ist: Wer waren die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Erlangen und welche Lebensschicksale verbergen sich hinter den bloßen Zahlen? Es geht also darum, den Opfern ein Gesicht zu geben, ihr Schicksal zu vergegenwärtigen.

Das Forschungsprojekt zielt auf eine akribische Rekonstruktion der Patiententötungen in Erlangen sowohl im Rahmen der „Aktion T4“ als auch des Hungersterbens. Untersucht werden die anstaltsinternen Selektionskriterien ebenso wie die Einstellung von Ärzt/Innen und Pflegenden. Über die Täter- bzw. Mitwisser-Perspektive hinaus werden vor allem die Opfer der Krankenmorde in den Blick genommen. In diesem Zusammenhang wird auch nach anderen Opfergruppen, etwa den jüdischen Anstaltspatienten oder psychisch kranken Zwangsarbeitern gefragt. Indem es eine Vielzahl an Lebensgeschichten nachzeichnet, schafft das geplante Forschungsprojekt eine wesentliche Bedingung für ein angemessenes Gedenken an die Erlanger Opfer der NS-„Euthanasie“. An dieser Stelle sei eine am Lehrstuhl für Geschichte der Medizin erarbeitete Kurzbiografie erwähnt. Am Beispiel von Hubert D. wurde erstmals der Lebensweg eines Erlanger Euthanasieopfers ausführlich rekonstruiert. Hubert D.s Lebensgeschichte diente einer szenischen Darstellung als Vorlage, die im April 2016 bei den Feierlichkeiten zum 200-jährigen Jubiläum des Erlanger Universitätsklinikums eindrucksvoll aufgeführt wurde und einen wichtigen Beitrag zur hiesigen Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus leistete.

Zu einer angemessenen Würdigung der Opfer zählen auch die kritische Analyse ihres sozialen und medizinischen Umfeldes und das Herausarbeiten von Verantwortlichkeiten. Im Kontext der NS-„Euthanasie“ sind dies neben dem administrativen Personal, Anstaltspersonal (v.a. Ärzte und Pflegende), Vertreter des städtischen Gesundheitswesens (Gesundheitsamt, Fürsorgestellen) auch die Angehörigen von Psychatriepatienten. Ihre jeweiligen Handlungsspielräume gilt es differenziert herauszuarbeiten. Folgende Institutionen, die bei der Durchführung der Krankenmorde eine zentrale Rolle spielten, sind zu untersuchen:

1) Die Stadt Erlangen: Generell gibt es mittlerweile eine Vielzahl an wissenschaftlichen Studien über einzelne psychiatrische Einrichtungen im „Dritten Reich“. Gemein ist diesen allerdings, dass sie bei der Analyse der Geschehnisse kaum die Pforten der jeweiligen Anstalt verlassen. Mit dem vorgesehenen stadthistorischen Schwerpunkt werden mit dem Erlanger Projekt neue Maßstäbe gesetzt. Die „Euthanasie“ war in der Bevölkerung ein offenes Geheimnis, zumal in Erlangen, wo die Heil- und Pflegeanstalt inmitten der Stadt lag. Es gab mannigfache Interaktionen zwischen Erlanger Stadtgesellschaft und der „Hupfla“. Diese herauszuarbeiten und nach der Bandbreite an Reaktionen aus der Erlanger Bevölkerung zur NS-„Euthanasie“ zu fragen, werden wichtige Aspekte des Projektes sein. Ein weiterer ist die Analyse von städtischer Politik und Bürokratie im Zuge der Krankenmorde. Wie agierten Bürgermeister, Stadtrat oder auch städtisches Gesundheitsamt vor dem Hintergrund „erbbiologischer Erfassung“, Zwangssterilisation und Vernichtung „lebensunwerten Lebens“? Im Kontext der „Euthanasie“ spielten zudem die Kirchen eine wichtige Rolle. Lediglich in den kirchlichen Gemeinden existierten während der NS-Diktatur noch Reste einer kritischen Teilöffentlichkeit, die dafür sorgte, dass sich einzelne Gemeindemitglieder recht offen ihren Geistlichen anvertrauten. Wie die katholische und evangelische Kirche in Erlangen im Hinblick auf die Krankenmorde mit dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen aus der Bevölkerung umging, wird zu eruieren sein.

2) Die Erlanger Universitätsmedizin: Die Erlanger Universitätsmedizin war – wie alle medizinischen Fakultäten im „Dritten Reich“ – vielfach in NS-spezifische Handlungsfelder eingebunden, so etwa bei der Durchführung der Zwangssterilisationen von vermeintlich „Erbkranken“ (durchgeführt in der Frauenklinik bzw. der Chirurgie/Urologie) und Zwangsabtreibungen an osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen. Die Universitätspsychiatrie Erlangen nimmt in Bezug auf die Krankenmord-„Aktion T4“, verglichen mit anderen Universitätskliniken dieser Fachrichtung, eine Sonderrolle ein, wie dies in der 2018 erschienenen Publikation „Die Medizinische Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg“, (hrsg. v. K.-H. Leven/Ph. Rauh/A. Thum/S. Ude-Koeller) skizziert ist [dort S. 120-126]. Normalerweise waren Patient/Innen psychiatrischer Universitätskliniken bei der Meldebo-generfassung, dem zentralen Vorgang für die „T4“-Selektionen, ausgenommen. Da in Erlangen die Universitätspsychiatrie zumindest formal der Heil- und Pflegeanstalt untergeordnet war, waren auch ihre Patient/Innen von den Selektionen betroffen. Dies richtet den Blick zwangsläufig auf Friedrich Meggendorfer, ab 1934 Direktor der Universitätsnerven-klinik und Ordinarius für Psychiatrie in Erlangen. Als sicher kann gelten, dass Meggendorfer über die „Aktion T4“ Kenntnis hatte und aus ihr – unterstützt vom damaligen Dekan der Medizinischen Fakultät Richard Greving – Vorteile im Sinne einer eigenständigen Klinik ziehen wollte. Weiterhin weisen mehrere Patientenverlegungen von der Universitätspsych-

iatrie in die Heil- und Pflegeanstalt unmittelbar vor den „T4“-Transporten darauf hin, dass Meggendorfer nicht nur ein Mitwisser der Krankenmorde war. Es geht um die wichtige Frage, ob die Erlanger Universitätsnervenlinik als einzige vergleichbare Einrichtung Deutschlands an der „Aktion T4“ direkt beteiligt war – und wenn ja, in welchem Umfang? Eine vergleichbare Frage ergibt sich für die Zeit ab 1942: Inwieweit waren Patienten der psychiatrischen Universitätsklinik durch Verlegungen auf die eigens eingerichteten „Hungerstationen“ der „Hupfla“ vom bayerischen „Hungerkost“-Erlass betroffen? Eine genaue Untersuchung dieser Vorgänge ist nunmehr, durch 2018 der historischen Forschung im Universitätsarchiv Erlangen-Nürnberg zugänglich gewordene Patientenakten aus der Universitätsnervenlinik (ca. 1.500 Akten) möglich geworden.

3) Die Erlanger Universitätsleitung: Dass Erlangen in der NS-Zeit mit einigem Selbstbewusstsein sich als „braune“ Universität verstand, ist durch vielfältige Quellenzeugnisse überliefert. Die Linientreue und Willfährigkeit der akademischen Leitung bildete den Kontext auch für die Haltung und das Handeln der Universitätsmedizin. Das Rektorat der Universität hatten seit Herbst 1933 Mediziner inne: zunächst der Zahnmediziner Johannes Reinmöller, ab 1934 der Professor für HNO-Heilkunde Fritz Specht, von 1938 bis 1944 der Direktor der Frauenklinik, Hermann Wintz.

Vorrecherchen haben ergeben, dass Wintz detaillierte Kenntnisse über die Krankenmorde hatte. Wintz unterstützte Meggendorfer bei seinem (nicht durchgeführten) Plan, sich die Räumlichkeiten der durch die „Euthanasie“ z.T. geleerten „Hupfla“, der aus diesem Grund die Auflösung drohte, anzueignen. Es wird genau zu erforschen sein, welche weiteren Berührungspunkte es zwischen Universitätsleitung und den Beteiligten bzw. Mitwissern der Krankenmorde gegeben hat, und in welcher Weise sich die Repräsentanten der Friedrich-Alexander-Universität positionierten.

4) Der Bezirksverband Mittelfranken als Träger der „Hupfla“: Die Heil- und Pflegeanstalt war eine Einrichtung des Bezirks Mittelfranken. Ärzte sowie Pflege- und Hauspersonal waren Beschäftigte des Bezirks, ihm unterlagen somit die Personalverantwortung sowie die Rechtsaufsicht. Der Bezirk war zudem häufig Kostenträger der Anstaltspatienten. Die „Aktion T4“ und das psychiatrische Hungersterben waren nur möglich durch die bürokratische Unterstützung auf regionaler Ebene, deren Mitarbeiter solcherart eine institutionelle (Mit-)Verantwortung für diese Medizinverbrechen hatten. Bei der mit einem beträchtlichen bürokratischen Aufwand verbundenen „Aktion T4“ kam den Behörden Mittelfrankens eine Schlüsselrolle zu. Ab 1941 fungierte die Erlanger „Hupfla“ zudem als so genannte Zwischenanstalt, in der für die „T 4-Aktion“ selektierte Patienten anderer, vor allem konfessioneller Einrichtungen zu Verschleierungszwecken noch für einige Zeit verweilen mussten, bevor sie in eine Tötungsanstalt weiterverlegt wurden. Der Bezirk Mittelfranken ist Nachfolger des damaligen überörtlichen Sozialhilfeträgers „Landesfürsorgeverband Ober- und Mittelfranken“, der die Verlegungen aus den Heimen in die „Hupfla“ veranlasste. Gerade im Angesicht dieser hochfrequentierten Verlegungspraxis waren die Planer aus der „Euthanasiezentrale“ in Berlin auf die Unterstützung der mittleren Verwaltungsebene angewiesen. Die Mitarbeit einzelner Beamten konnte dabei – wie bei sämtlichen anderen beteiligten Institutionen und Personen auch – von tatkräftiger Unterstützung über gehorsame Dienstleistung bis hin zu nonkonformem Verhalten reichen. Wie sich der Bezirk Mittelfranken als

Träger der Erlanger Kreisirrenanstalt „Hupfla“ und Fürsorgeverband vieler dort hospitalisierter Anstaltsbewohner gegenüber den zunächst zentral gesteuerten, später (ab 1941) regional organisierten Krankenmorden verhielt, soll im geplanten Forschungsprojekt eingehend untersucht werden.

Damit unmittelbar zusammenhängend sollen die Forschungen auch in den Blick nehmen, wie die Anstaltsseelsorge in der „Hupfla“ die Erfassung, Verlegung und Ermordung der Anstaltskranken wahrgenommen und wie sie darauf reagiert hat. Für das Pflegepersonal, sowohl die kirchlich gebundenen als auch die freien und ideologisch dem NS-Regime nahestehenden Pflegekräfte, stellen sich vergleichbare Fragen. Aussichtsreiche Quellenbestände, auch in den kirchlichen Archiven, werden hierfür heranzuziehen sein.

- **Quellen**

Zur Beantwortung der für die NS-„Euthanasie“ in Erlangen relevanten Fragen ist die Auswertung von Patientenakten essentiell. Während die rund 1.500 Krankenakten der psychiatrischen Universitätsklinik, seit April 2018 im **Universitätsarchiv der FAU** für die Forschung zugänglich, noch einer professionellen medizinhistorischen Auswertung harren, konnten die für Erlangen relevanten Patientenakten der „Aktion T4“ im Rahmen einer Pilotstudie des Erlanger Lehrstuhls für Geschichte der Medizin, die von der Forschungstiftung Medizin, der Staedtler-Stiftung und dem Bezirk Mittelfranken finanziell unterstützt wurde, im **Bundesarchiv Berlin** bereits stichprobenartig eingesehen werden. Hierbei handelt es sich um einen Teilbestand der Akten der insgesamt 908 Erlanger Anstaltspatienten, die 1940/41 in den „T4“-Tötungsanstalten Hartheim und Pirna/Sonnenstein ums Leben kamen. Dieser bedeutende Quellenbestand soll im Zuge des beantragten Forschungsprojektes umfassend ausgewertet werden. Ein dritter, insbesondere für die Untersuchung des psychiatrischen Hungersterbens wichtiger Aktenbestand ist im **Nürnberger Staatsarchiv** überliefert. Dort lagern über 2000 Krankenakten derjenigen Erlanger Anstaltspatient/Innen, welche die „Aktion T 4“ überlebt haben, in den 1940er Jahren dann aber in der Heil- und Pflegeanstalt an „Auszehrung“, „Kachexie“ oder „Schwäche“ starben. Eine systematische Analyse dieser Quellen verspricht erstmalig genauere Kenntnisse über die zweite, dezentrale Phase der NS-„Euthanasie“ in Erlangen, für die bislang noch keinerlei gesicherte Kenntnisse vorliegen. Ebenfalls im Nürnberger Staatsarchiv befinden sich die Strafprozessakten des „Euthanasieprozesses“ gegen den früheren Leiter der Erlanger Heil- und Pflegeanstalt Wilhelm Einsle sowie die Registerbände der Anträge auf zwangsweise Unfruchtbarmachung angeblich „erbkranker“ Menschen. Relevante Teilbestände des Bezirksverbandes Mittelfranken finden sich im **Stadtarchiv Nürnberg** sowie im bayerischen **Hauptstaatsarchiv in München**. Um weiterführende Dokumente über das Erlanger Ärzte- und Pflegepersonal im „Dritten Reich“ zu akquirieren, ist eine Recherche im **Berlin Document Center** im Berliner Bundesarchiv notwendig. Dort befindet sich mit den so genannten „Heidelberger Dokumenten“ auch ein weiterer zentraler Quellenbestand zur NS-„Euthanasie“. Für den städtischen und universitären Kontext der geplanten Untersuchung werden die einschlägigen, umfangreichen Quellen des **Erlanger Stadtarchivs** bzw. **Universitätsarchivs** eingesehen. Im **Landeskirchlichen Archiv in Nürnberg** und im **Bistumsarchiv in Bam-**

berg wiederum kann zur Rolle der Erlanger Kirchen im Kontext der NS-Krankenmorde recherchiert werden.

- **Arbeitsplan & Projektziele**

Der Erlanger Lehrstuhl für Geschichte der Medizin ist seit Jahrzehnten ein Kompetenzzentrum für Forschungen zur NS-Medizin; das in diesem Themenfeld über vielfältige Erfahrungen verfügt und zahlreiche einschlägige Publikationen vorgelegt hat (Karl-Heinz Leven, Susanne Ude-Koeller, Philipp Rauh, Andreas Thum). Aus den letzten fünf Jahren sind außer Spezialuntersuchungen zur NS-„Euthanasie“ die Gesamtdarstellungen „200 Jahre Universitätsklinikum Erlangen“ (Hrsg. K.-H. Leven/A. Plöger, 2016) und der Band „Die Medizinische Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg“ (Hrsg. K.-H. Leven/Ph. Rauh/A. Thum/ S. Ude-Koeller, 2018) hervorzuheben. Das nunmehr geplante umfassende Projekt zur NS-„Euthanasie“ verortet sich passgenau in der Erlanger universitären Medizingeschichte und wird auch in das Promotionsprogramm der Medizinischen Fakultät eingebunden, indem zwei jeweils 9monatige Stipendien für Promovierende bereit gestellt werden. Die Ergebnisse derartiger Spezialstudien zu ausgewählten Teilaspekten fließen in das Gesamtprojekt ein.

Der Arbeitsplan des Erlanger Lehrstuhls für Geschichte der Medizin ist mit einer Projektgruppe auf städtischer Seite, angesiedelt im Stadtarchiv Erlangen (Leitung: Dr. Andreas Jakob), abgesprochen und koordiniert. Im Sinne einer Arbeitsteilung des umfangreichen Vorhabens werden am Lehrstuhl für Geschichte der Medizin insbesondere Quellenstudien an Patientenakten durchgeführt und inhaltliche Fragen bezüglich der Einbindung von Medizinischer Fakultät, der Kliniken und der Universität in das Handlungsfeld der NS-„Euthanasie“ untersucht. Am Stadtarchiv wird man sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Einbettung des Untersuchungsgegenstands in den lokalhistorischen Kontext beschäftigen. In allen Phasen der Arbeit werden zwischen den beiden Projektgruppen (Lehrstuhl für Geschichte der Medizin und Stadtarchiv) regelmäßiger Austausch, Abstimmungsprozesse und Kooperation stattfinden. Dies ist durch frühere wissenschaftliche Kontakte der beiden Institutionen schon vielfach praktiziert und wird sich im Projekt zur NS-„Euthanasie“ erneut bewähren. Die Kooperation erstreckt sich naturgemäß auch auf die Projektziele, die gemeinsam angestrebt werden.

Das Forschungsprojekt zur NS-„Euthanasie“ versteht sich als ein wesentlicher Baustein in dem perspektivisch wesentlich größeren (und gegenwärtig nur in Umrissen zu ahnenden) Vorhaben, einen „Gedenkort“ für die Opfer der NS-„Euthanasie“ in Erlangen zu schaffen.

Ziele des Forschungsvorhabens sind Monographien (Bücher), die zugleich wissenschaftlich fundiert und allgemeinverständlich sein werden, darunter eine Gesamtdarstellung des Themas, die in Form und Inhalt Neuland betreten wird. Integriert in die aus dem Projekt hervorgehenden Gesamt- und Spezialdarstellungen wird eine möglichst vollständige Liste der „Euthanasie“-Opfer; hinzu kommen Kurzbiografien, im Sinne eines Gedenkbuches. Generell wird eine möglichst große Popularisierung des Projekts und seiner Ergebnisse angestrebt. Schon während der Projektzeit sollen aus der laufenden Forschung, auch für die Vorbereitung des „Gedenkortes“, Anregungen gegeben werden. Die For-

schungsergebnisse werden zudem auf einer öffentlichen Tagung in Erlangen bürgernah präsentiert und zur Diskussion gestellt. Weitere Diskussions- und Präsentationsformate sind im Verbund mit Stadt, Bezirk, Kirchen, Universität bzw. Universitätsklinik geplant, ebenso wie Aufrufe an die Erlanger Bevölkerung, das Projekt durch eigene Familienrecherchen im Sinne einer Materialbeschaffung zu unterstützen.

Die im Forschungsprojekt aufbereiteten zentralen Archivquellen werden in geeigneter Form dem geplanten Erlanger „Gedenkort“ zur Verstetigung zur Verfügung gestellt und werden damit auch als materielle Quellen nutzbar sein. Insgesamt ergibt sich durch die selbstreflexive Verknüpfung von Erlanger Medizin-, Stadt-, Universitäts- und Anstaltsgeschichte ein hochgradiges Innovationspotential, das auf Landes- und Bundesebene ausstrahlen kann.

• Finanzkalkulation

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich ausschließlich auf die Ausstattung der Projektgruppe am Lehrstuhl für Geschichte der Medizin der FAU (die Projektgruppe im Stadtarchiv wird direkt aus städtischen Mitteln finanziert).

Laufzeit des Forschungsprojekts: **zwei Jahre**, 1. Oktober **2019** bis 30. September **2021**

Stellenbedarf und sonstige benötigte Mittel

- | | |
|--|------------------------|
| • 2 Stellen (100 %) Wiss. Mitarbeiter/in (E 13): | ca. 140.000 € pro Jahr |
| • Hilfskraftmittel: | ca. 10.000 € pro Jahr |
| • Archivreisen (Berlin, Nürnberg, München u.a.), Kopier-, Scan-Kosten: | ca. 8.000 € pro Jahr |
| • Doktorandenstipendium (je 9 Monate) | ca. 7.000 € pro Jahr |

Summe der jährlich benötigten Mittel ca. **165.000 €**

Hinzu kommen im Verlauf der **zwei Jahre** Mittel für eine **wissenschaftliche Tagung** i.H. von ca. **10.000 €** und die Kosten für **Publikationen**. Die **Gesamtkosten** für die **zweijährige** Laufzeit betragen ca. **350.000 €**

Eigenmittel des Lehrstuhls für Geschichte der Medizin im Rahmen des Instituts für Geschichte und Ethik der Medizin erstrecken sich auf die Projektleitung und die Sachausstattung (Arbeitsräume, Bibliothek, PC, Kopierer, Scanner, Verbrauchsmittel).